

eine Visapflicht einzuführen. Für den sozialdemokratischen Europaabgeordneten Detlev Samland errichtete die EG damit weitere Barrieren gegenüber „den wirklich Bedrohten“. „Wie“, fragt er, „soll ein politisch Verfolgter in China überhaupt in die deutsche Botschaft gelangen, um sich sein Visum zu holen?“

Ein einheitliches Formular für die Visaanträge wird vorbereitet, einheitliche Kriterien für die Erteilung eines Sichtvermerks sollen erlassen werden. Zu den „wünschenswerten Maßnahmen“ der Ministerialen aus den Innenressorts zählt auch eine „Hotelmeldepflicht für Ausländer“. Für Peter Lamprecht, Direktor für Menschenrechte beim Europarat, ist die Tendenz klar: „Das reiche

sten-Visum erteilt hat oder dessen Grenze ein illegal Eingereister innerhalb der Gemeinschaft zuerst passieren konnte.

In dem Abkommen verpflichten sich alle Zwölf, die in einem EG-Land getroffene Asylentscheidung anzuerkennen. Außerdem ist ein Informationsaustausch zwischen den Behörden in der Europäischen Gemeinschaft geplant. Persönliche Daten über Antragsteller und deren Verwandte samt Spitznamen und Pseudonymen, Fingerabdrücken und Fotos, Reiserouten und Wohnsitzen sollen gegenseitig übermittelt werden.

Die Auskünfte müssen, heißt es im Artikel 14, „mindestens demselben

Verfahren regelmäßig durch seine persönliche Anwesenheit bei den Beratungen ab. Er sitzt mit am Verhandlungstisch, malt Schiffe und freut sich, wie „hervorragend“ eine solche Konvention sei, da sie so viel schneller und reibungsloser verabschiedet werden kann.

Sein liberaler Parteikollege, der Bonner Bundestagsabgeordnete Burkhard Hirsch, der erst am vergangenen Dienstag vom SPIEGEL über die geplante Konvention erfuhr: „Es wird allmählich Zeit, daß die europaweite Willensbildung eine mindestens so demokratische Qualität erhält, wie sie derzeit beim Zentralkomitee der KPdSU üblich ist.“

Italien

Immer wachsam

Neue Macht für die Geheimloge P2? Italienische Politiker fordern einen Untersuchungsausschuß.

Wie so viele andere will Silvio Berlusconi nicht wirklich dabeigewesen sein. Die Mitgliedskarte der berüchtigten Geheimloge Propaganda 2 (P2) sei ihm irgendwann zugeschickt worden, er habe sie stracks in den Papierkorb geworfen.

Als sich jedoch der Fernsehmogul daranmachte, auch die Herrschaft über Italiens größte Verlagsgruppe Mondadori an sich zu reißen – vergangene Woche sah es so aus, als hätte er gesiegt –, da sahen viele Italiener nicht allein die Meinungsfreiheit in ihrem Land bedroht. Sie fürchteten ein Comeback jenes Geheimbundes, der sich vorgenommen hatte, Italien nach seinen Vorstellungen umzukrempeln.

Alle Männer der P2 seien in Berlusconi Medienkoloß wieder versammelt, klagte die christdemokratische Politikerin Tina Anselmi, die Anfang der achtziger Jahre die parlamentarische Untersuchung der P2-Umtriebe geleitet hatte.

Aufgeregt forderten Senatoren der Unabhängigen Linken einen neuen Untersuchungsausschuß über das Wiedererstarken der angeblich zerschlagenen P2. Die Präsidenten von Abgeordnetenhaus und Senat, Nilde Jotti und Giovanni Spadolini, erklärten sich bereit, den Antrag umgehend zu prüfen.

Spadolini: „In der Frage geheimer Mächte muß das zivile Gewissen unseres Landes immer wachsam sein.“

Die finstere P2-Kabale war 1981 eher zufällig entdeckt worden. Bei Ermittlungen im Fall des sizilianischen Bankrotteurs Michele Sindona filzte die Finanzpolizei auch das Büro des Matratzenfabrikanten Licio Gelli, damals 62.



Vietnamesische Asylbewerber in West-Berlin: Grenzenloses Unbehagen

Europa mauert sich mit seinem Reichtum ein.“

Weil die Gründe für die Anerkennung eines Asylanten von Land zu Land verschieden sind, wollen die Innenminister nur die bürokratischen Vorschriften vereinheitlichen. Anders als beispielsweise in der Bundesrepublik, wo Gerichte nur über den Nachweis politischer Verfolgung entscheiden, gewähren die Belgier auch jenen Asyl, die aus religiösen oder rassischen Gründen aus ihrer Heimat flüchten mußten.

Geregelt wird in der Konvention, welches Land für welchen Asylbewerber zuständig ist. Nach dem geheimen Entwurf für das „Abkommen zum Asylrecht“ soll der EG-Staat die Verantwortung für einen Asylanten übernehmen, der dem Flüchtling das Touri-

Schutz unterliegen, wie er üblicherweise in dem Empfängerstaat gewährt wird“. Doch in Belgien, Spanien oder Griechenland gibt es bislang noch keinen Datenschutz.

Die Umgehung des EG-Rechts empört vor allem die Europaparlamentarier. Er könne es sich gar nicht vorstellen, schrieb der Abgeordnete Willi Rothley (SPD) schon im vergangenen Oktober in einem Brief an den Kommissionspräsidenten Jacques Delors, daß die Kommission „ihre Rolle als Hüterin des Gemeinschaftsrechts“ vernachlässige und den einzelnen Mitgliedstaaten „unbestreitbare Gemeinschaftskompetenz“ überlasse.

Eine Antwort Delors' steht noch aus. Derweil segnet der für den Binnenmarkt zuständige EG-Kommissar Martin Bangemann (FDP) das undemokratische

Neben zahlreichen Dossiers der Geheimpolizei, die in seinem Büro nichts zu suchen hatten, wurde auch eine ominöse Liste gefunden. Sie enthielt 962 klangvolle Namen aus Politik und Armee, aus Wirtschaft und Presse – ein Mitgliederverzeichnis der geheimen Loge P2, deren Großmeister Gelli war.

Zweieinhalb Jahre forschte der Untersuchungsausschuß. Er fand zwar keinen Beweis für den Plan eines Staatsstreichs, konnte aber sehr wohl politische Ambitionen der Logenbrüder enthüllen. An den Schaltstellen der Macht sollten verlässliche P2-Mitglieder dafür sorgen, daß ein ultrakonservatives Regime in Italien errichtet und gesichert wird.

Nach der Entdeckung seines konspirativen Vereins floh Licio Gelli ins Ausland und war jahrelang einer der meistgesuchten Dunkelmänner Europas. Er hatte Anteil am betrügerischen Bankrott des Mailänder Banco Ambrosiano, bei dem 1,3 Milliarden Dollar bis heute ungeklärt verschwanden.

Gelli und seine Leute hielten auch Verbindung zum Rechtsterror. Nicht nachzuweisen war, daß die P2 am Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna im Jahr 1980 mitgewirkt hat, bei dem 85 Menschen ums Leben kamen.

Gelli wurde jedoch wegen Strafvereitelung zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Eine weitere achtjährige Haftstrafe hatte er schon vorher von einem Florentiner Gericht wegen Unterstützung einer kriminellen rechtsextremen Organisation erhalten.

Die wird er nie absitzen müssen. Denn die Schweizer Behörden, denen er sich 1987 gestellt hatte, lieferten ihn vor zwei Jahren unter der Bedingung aus, daß er nur im Zusammenhang mit dem Banco Ambrosiano strafrechtlich belangt werden dürfe.

Durch ärztliche Atteste als haftunfähig ausgewiesen, residiert Gelli wieder in seiner pompösen Villa Wanda in der Toskana und empfängt alte Freunde. Aufgeplustert und selbstgefällig nahm er – im Wochenmagazin *Panorama* – zum Sieg Berlusconi Stellung: Er sei „zufrieden, sehr zufrieden“.

Auch andere P2-Spezis verzeichnen wieder schöne Erfolge. Anfang Januar wurde das einstige P2-Mitglied Admiral Antonino Geraci zum Oberbefehlshaber der Nato-Truppen von Südeuropa berufen. Gustavo Selva, 1982 wegen seiner P2-Beteiligung als Direktor der staatlichen Rundfunkgesellschaft RAI gefeuert, ist wieder zum Kommentator aufgestiegen. Logenbruder Pietro Longo, der 1984 als Haushaltsminister gehen muß-



Medienzar Berlusconi: P2-Spezis wieder versammelt

te, arbeitet im Vorstand der Sozialistischen Partei, längst rehabilitiert wie viele aus der P2-belasteten Prominenz.

Eine „Rückkehr der P2“ (*la Repubblica*), über die sich italienische Politiker nun sorgen, fand dennoch nicht statt: Die Geheimloge hatte sich niemals vollständig aufgelöst. Ein paar hundert besonders exponierte Männer mußten – zeitweilig – aus dem Rampenlicht zurücktreten. Die meisten Mitglieder waren gar nicht namentlich bekanntgewor-

den. Sie konnten in aller Stille weiterwirken – offenbar mit Erfolg.

„So manche Forderung aus meinem ‚Plan zur demokratischen Erneuerung‘ ist inzwischen realisiert oder steht vor der Verwirklichung“, sagte Gelli selbstzufrieden bereits im Frühjahr des vergangenen Jahres. Da war nämlich im Parlament schon die geheime Abstimmung abgeschafft worden; ganz im Sinn Gellis verfolgt der Sozialistenchef Craxi die Umwandlung Italiens in eine Präsi-

dialrepublik; ein Gesetz, das die Rechte der Gewerkschaften beschneidet, soll demnächst verabschiedet werden.

Auch der Aufstieg Berlusconi zum Medienzar war nach Meinung Gellis ohne heimliche Regierungshilfe undenkbar: „Er muß sich doch autorisiert gefühlt haben.“ Im Klartext: Bei seinen Manövern zur Übernahme von Mondadori kann sich Berlusconi nicht vor dem geplanten Kartellgesetz gefürchtet haben, das die Fünferkoalition der Regierung angeblich verwirklichen will.

Das Satire-Blatt *Cuore*, eine Beilage der KPI-Zeitung *l'Unità*, brachte den Zusammenhang zwischen Gellis Absichten und heutiger Regierungspolitik auf den Punkt:

„Was will dieser Licio Gelli eigentlich?“ fragte eines der *Cuore*-Strichmännchen. Die Antwort: „Warten wir ab, was die Regierung tut – dann werden wir's wissen.“ ◀



Logenchef Gelli: „Zufrieden, sehr zufrieden“